

Umweltschadengesetz

Von: Rechtsanwalt Holger Steiger

Informationsdienst Umweltrecht e.V.

Allgemeines

- Das Umweltschadengesetz (USchadG) befasst sich mit der **Vermeidung** und **Sanierung** von Schäden
- Ziel ist die Stärkung des umweltrechtlichen **Verursacherprinzips**

Rechtlicher Hintergrund

- **Umwelthaftungs-Richtlinie**
2004/35/EG) vom 21. April 2004
- In Deutschland Umsetzung durch das **Umweltschadengesetz** seit 14. November 2007

Einordnung in das Haftungssystem

- **Zivilrecht**
 - BGB (§§ 823 ff. BGB; §§ 906 ff BGB)
 - ProdukthaftG
 - Umwelthaftungsgesetz seit 1991
- **Strafrecht**
 - §§ 324 ff. StGB
- **Öffentliches Recht**
 - Bodenschutzrecht
 - Wasserrecht
 - Bundesimmissionsschutzgesetz
 - ***Umweltschadengesetz***

Beispielsfall Balingen

- FFH-Gebiet „Kleiner Heuberg und Alpvorland bei Balingen“ (7718 – 341) und Vogelschutzgebiet „Wiesenlandschaft bei Balingen“ (VSN – 32)
- Brutgebiet von Braunkelchen und Neuntöter + artenreiche Flachland-Mähwiese (LRT 6510) als Erhaltungsziel des FFH-Gebietes
- fast ganzjährige Rinderbeweidung

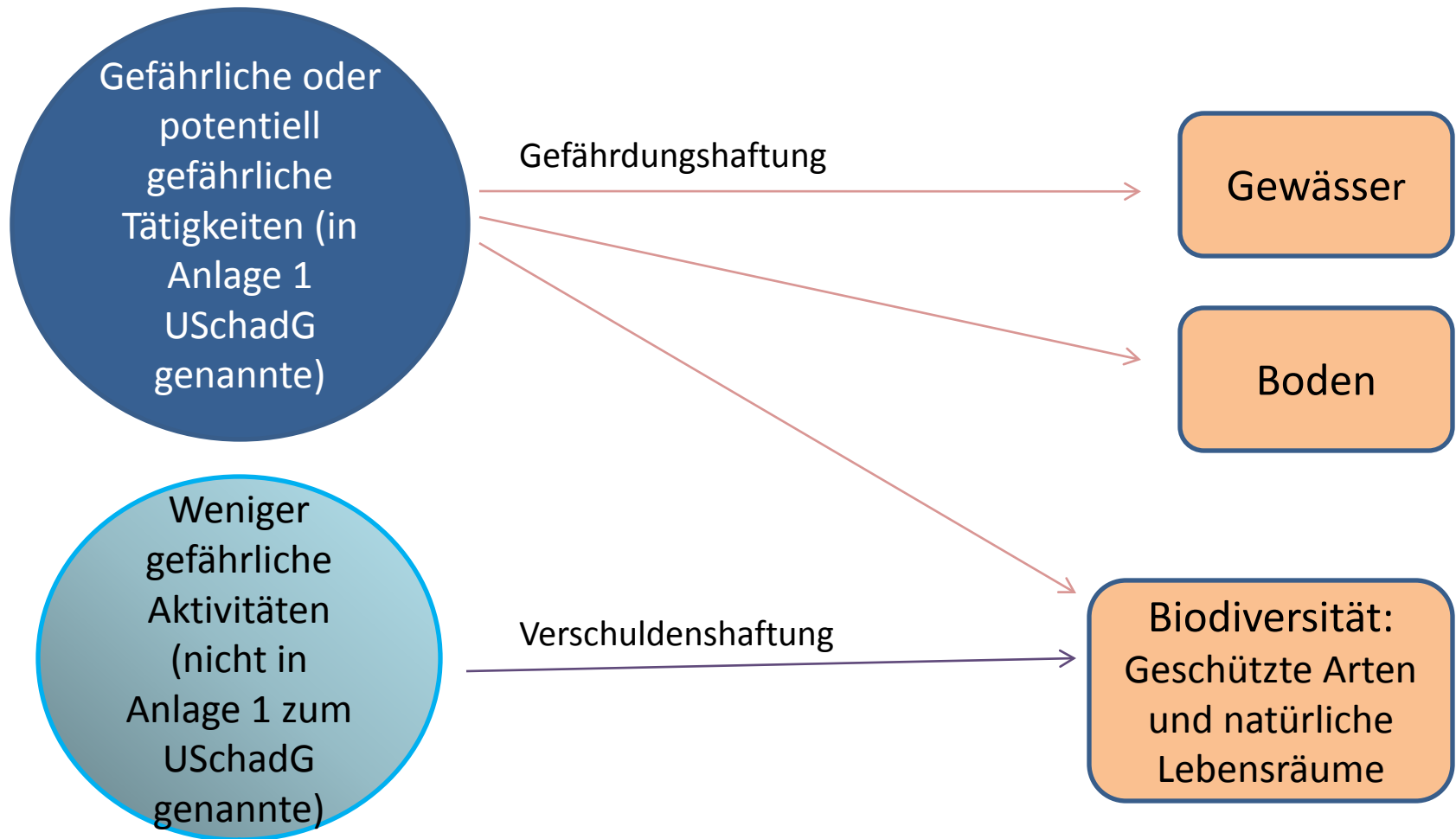
Anwendungsbereich

- **1. Sachlicher Anwendungsbereich, § 3 Abs. 1 USchadG**
Umweltschäden und unmittelbare Gefahren an
 - Biodiversität - Arten und natürlichen Lebensräumen § 21a BNatSchG (ab 1. 3. 2010 § 19 BNatSchG (2009))
 - Gewässer, § 22a WHG (ab 1.3.2010 § 90 WHG)
 - Boden
- **2. Ausschlusstatbestände** nach § 3 Abs.3-5 USchadG

Haftungsarten

- Zu unterscheiden sind die:
 - Gefährdungshaftung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 USchadG
 - Verschuldensabhängige Haftung nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 USchadG

Haftungssystem



Gefährdungshaftung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 USchadG

- **Umweltschaden oder unmittelbare Gefahr
und**
- **Verursachung durch eine berufliche Tätigkeit
gemäß Anlage 1 zu § 3 Abs. 1 USchadG**

Verschuldenshaftung nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 USchadG

- Vorliegen eines Biodiversitätsschadens gemäß § 2 Nr. 1 a USchadG iVm. § 21 a BNatSchG
und
- eine andere berufliche Tätigkeit als eine in Anlage 1 genannte
- Verursachung und Verschulden
 - Vorsatz oder Fahrlässigkeit

2. Persönlicher Anwendungsbereich

- **Verantwortlicher, § 2 Nr. 3 USchadG**
 - Begründet Verhaltensverantwortlichkeit, **Zustandstörer sind** nach USchadG **nicht erfasst**
 - **Keine Kausalitätsvermutung**
- **Zu beachten:** das USchadG begründet eine Verantwortlichkeit gegenüber Behörde (nicht gegenüber) Geschädigtem

Pflichten nach dem USchadG

- Bei der Haftung aus § 3 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 USchadG ergeben sich folgende Pflichten:
 - Informationspflicht, § 4 USchadG
 - Gefahrenabwehr, § 5 USchadG
 - Sanierungspflicht, §§ 6 i.V.m. 8 USchadG

Pflichten des Verantwortlichen

1. Informationspflicht, § 4 USchadG

- Besteht unmittelbare Gefahr *oder* ist ein Umweltschaden eingetreten, muss der Verantwortliche die zuständige Behörde unverzüglich über alle bedeutsamen Aspekte des Sachverhalts unterrichten
- Informationspflicht besteht gegenüber Behörde regelmäßig bei:
 - **Gefahrenverdacht**
 - **Umweltgefahr**
 - **Umweltschaden**

Gefahrenabwehrpflicht, § 5

- Der Verantwortliche hat unverzüglich die erforderlichen Vermeidungsmaßnahmen zu ergreifen, er braucht nicht auf behördliche Anordnungen zu warten.

Pflichten des Verantwortlichen

3. Sanierungspflicht, § 6 USchadG

- Bei Eintritt eines Umweltschadens hat der Verantwortliche:
 - die **erforderlichen Schadensbegrenzungsmaßnahmen** vorzunehmen *und*
 - die **erforderlichen Sanierungsmaßnahmen** zu ergreifen

Sanierungssystem

USchadG

BBodSchG

▶ insb. § 2 Abs. 7

§ 22a Abs. 2 WHG

▶ Anhang 2 Nr. 1
UHaftrI.

§ 21a Abs. 4 BNatSchG

▶ Anhang 2 Nr. 1
UHaftrI.

Sanierungsebenen

- Bei Schäden an der Biodiversität sowie Gewässern werden grds. **drei Maßnahmenarten** unterschieden
 - **primärer Sanierung**
 - **ergänzender Sanierung** und
 - **Ausgleichssanierung**
- (§ 21a Abs. 4 BNatSchG und § 22a WHG i.V.m. Anhang II der Umwelthaftungsrichtlinie)

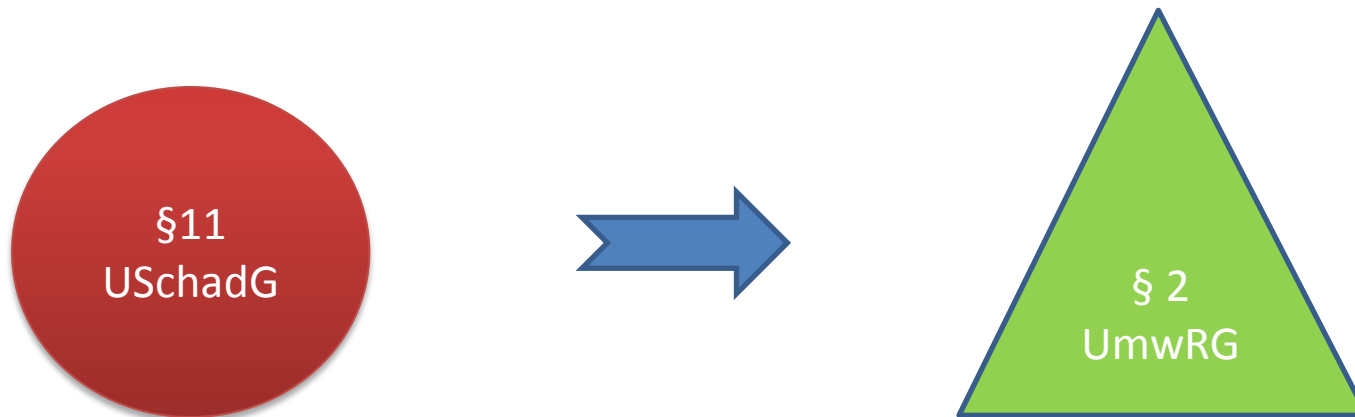
Pflichten und Befugnisse der Behörde

- Überwachung der Vermeidungs- und Sanierungsmaßnahmen, § 7 Abs. 1 USchadG
- Behörde entscheidet über Art und Umfang der Sanierungsmaßnahmen, § 8 Abs. 2
- Behördliche Anordnungen möglich gem. § 7 Abs. 2 USchadG
 - Zur Vornahme von Vermeidungsmaßnahmen
 - Zur Vorlage von Informationen
 - Zur Vornahme von Schadensbegrenzungs- und Sanierungsmaßnahmen

Möglichkeiten des Tätigwerdens

- Tätig werden der Behörde von Amts wegen, § 10 1. Alt. USchadG
- Aufgrund eines Antrags §10 2. Alt. USchadG

Rechtsschutz



Verweis in § 11 auf die Klagemöglichkeit
nach dem Umweltrechtsbehelfsgesetz

Kosten

- **Kostentragungspflicht, § 9 USchadG**
- Der Verantwortliche trägt die Kosten der durchgeführten Vermeidungs-, Schadensbegrenzungs- und Sanierungsmaßnahmen
- Einzelheiten bestimmen Länderregelungen
- Bei mehreren Verantwortlichen: Ausgleichsanspruch untereinander nach den Grundsätzen der gesamtschuldnerischen Haftung, § 9 Abs.2 USchadG

Klageverfahren nach USchadG

- NABU Schleswig Holstein
- BUND Saarland

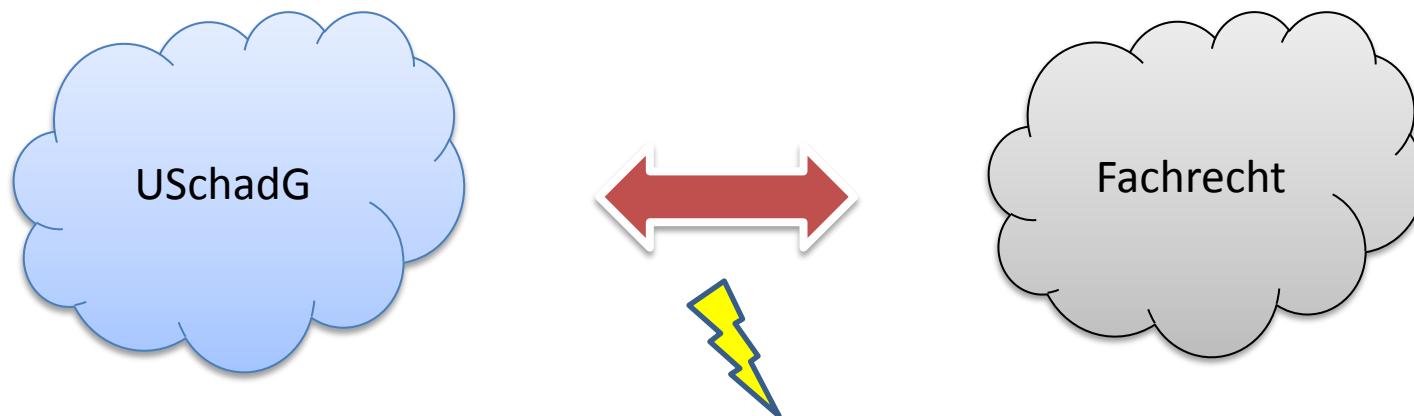
Klage in Schleswig Holstein

- Trauerseeschwalbe auf Eiderstedt
- Vogelschutzgebiet „Eiderstedt“
- Baggerarbeiten an den mit Wasser gefüllten Gräbensystemen

Klage nach USchadG im Saarland

- Schotteraufbereitungsanlage an einem alten Zollbahnhof in Kirkel-Altstadt
- Bodenbelastungen
- Grundwasserbelastungen
- Biodiversität – Kröten, Mauereidechse, Glattnatter sowie Wendehals und Neuntöter

Verhältnis USchadG vs. Fachrecht



§ 1 USchadG: nur, soweit „Rechtsvorschriften des Bundes oder der Länder die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden nicht näher bestimmen oder in ihren Anforderungen diesem Gesetz nicht entsprechen.“

Vielen Dank
für
Ihre Aufmerksamkeit

